



Astrid-S. Busse, Vorsitzende

Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Sommer war heiß und lang, ich hoffe, dass Sie sich dennoch oder gerade deshalb gut erholt haben, um den Herausforderungen des neuen Schuljahres mit viel neuer Kraft zu begegnen. **Was ist in den letzten zwei Monaten geschehen?**

Natürlich beginne ich als gute Pädagogin mit dem Positiven.

Endlich wurde in vielen Schulen mit der Sanierung begonnen; mancherorts ist ja jahrzehntelang nichts geschehen. Es darf auch nicht sein, dass, wie im August passiert, ein Lehrer durch ein herabstürzendes Fenster schwer verletzt wurde. Die Schulleitungen brauchen starke Nerven und Organisationstalent, um Sanierungen beim laufendem Schulbetrieb zu organisieren.

Ich freue mich auch, dass die Senatsverwaltung die Anregung des IBS aufgenommen hat, Quereinsteigerinnen durch pensionierte Kolleginnen betreuen zu lassen. Gut ist auch, dass Quereinsteigerinnen vor dem Eintritt in die Schule in Kompaktseminaren qualifiziert werden.

Was macht uns Sorgen? Am Ende des Schuljahres waren noch 450 Stellen unbesetzt. Mit Ach und Krach konnte der Senat Personal gewinnen, aber nur 35 Prozent der eingestellten Kolleginnen haben Lehramt studiert! Diese gehen dann nur selten an Schulen in sozialen Brennpunkten. Der Senat sieht sich außerstande hier zu steu-

ern. Geht diese Personalpolitik so weiter gibt es in einigen Jahren vielleicht Grundschulen und ISS ohne grundständig ausgebildete Pädagoginnen.

Das kann doch nicht gewollt sein!

Beamtinnen könnte man dorthin versetzen, wo sie gebraucht werden. Deshalb fordert der IBS nachdrücklich zur Verbeamtung zurückzukehren. In 15 Bundesländern werden Pädagoginnen verbeamtet.

Der IBS spricht sich nicht gegen den Einsatz von Quereinsteigerinnen aus, im Gegenteil. Wir bewundern den Mut derer, die diesen Weg gehen. Hier dürfen auch die Erzieherinnen nicht unerwähnt bleiben, die in hoher Zahl berufsbegleitend ausgebildet werden.

Es gibt wieder viel zu tun, packen wir es an. Ich wünsche Ihnen einen goldenen Herbst.

Herzlichst

Ihre

Astrid-Sabine Busse

Elternarbeit im Inklusiven Eltern-Kind-Zentrum Kölnische Heide

Ein Treffpunkt für alle Eltern und Bewohner*innen der High-Deck-Siedlung, die sich austauschen, Erziehungsfragen diskutieren sowie Vorträge und Bildungsangebote besuchen möchten: Dies ist das Inklusives Eltern-Kind-Zentrum Kölnische Heide.

Das Zentrum befindet sich in den Erdgeschossräumen der Schule an der Kölnischen Heide und ist seit 2011 einer von zwei Standorten des Großprojektes FamilienForum High-Deck, unter der Trägerschaft von AspE e.V.

DER SOZIALRAUM

Die Bezirksregion Kölnische Heide, zu der die High-Deck-Siedlung gehört, stellt einen der sozialen Brennpunktbereiche Berlins dar. Die negative Entwicklung in den vergangenen Jahren gilt als besonders problematisch. Eine hohe Anzahl der Bewohner weist einen Migrationshintergrund auf (Migrantenanteil 2015: rund 70 %) und mehr als 63 % sind Empfänger von Transferleistungen (ALG II). Viele Familien haben einen arabischen, türkischen oder südosteuropäischen

Migrationshintergrund und befinden sich auf einem geringen Bildungsniveau. Rund 75 % der Kinder leben in Großfamilien und auf engem Raum. Sie leben gehäuft an der Armutsgrenze und weisen Lern- bzw. Konzentrationsschwierigkeiten auf. 1/3 der Anwohner sind unter 18 Jahren. Sie zeigen häufig Defizite im Sozialverhalten und sind nicht selten von häuslicher Gewalt betroffen. Vor allem junge Eltern sind häufig mit ihrer sozialen Situation überfordert und wissen aufgrund von Sprachdefiziten und/oder Uninformiertheit nicht, wohin sie sich bei Fragen und Problemen wenden können.

DAS PROGRAMM

Das Inklusive Eltern-Kind-Zentrum greift die dahinterstehenden Bedürfnisse auf und von Montag bis Freitag steht den Besucher*innen ein vielseitiges und buntes Programm zur Verfügung: So gibt es beinahe täglich offene Angebote, wie das niedrigschwellige Beratungs- und Elterncafé. Für die Eltern ohne Kitaplatz existieren mehrere angeleitete Kleinkindgruppen, worunter auch die musikalische Früherziehung sowie Babymassage gehören. In den unterschiedlichen Mütter-Treffen werden, neben leckerem Frühstück, regelmäßig Experten zu diversen Themen geladen, welche informieren aber vor allem in den Dialog mit den Besucher*innen kommen. Die Vätergruppe gibt in den Nachmittagsstunden auch den Männern die Gelegenheit für ein Treffen und die ehrenamtlich organisierten Gruppen der „Sonnenfamilien“ sowie der „Weltenbummler“ dienen dem Austausch von Eltern mit Kindern mit Behinderung und Menschen mit Behinderung.

Das multikulturelle Team besteht aus 4 festen Mitarbeitern und 10 Honorarkräften. Sie verfügen über die notwendigen Kompetenzen und Sprachkenntnisse, um allen Besucher*innen gerecht werden zu können.

Die Arbeit gestaltet sich in enger Kooperation mit den umliegenden Einrichtungen, dem RSD Nord Ost, dem Bezirksamt Neukölln, den Neuköllner Stadtteilmüttern, dem Quartiersmanagement High-Deck Siedlung/Sonnenallee Süd und dem täglichen Austausch mit den Mitarbeitern der Schule an der Köllnischen Heide.

ZUSAMMENARBEIT MIT SCHULE

Die positive und intensive Zusammenarbeit mit der Schule an der Köllnischen Heide führt einerseits dazu, dass stets ein inhaltlicher Austausch erfolgt, sodass wichtige Themen in die tägliche Arbeit direkt einfließen und andererseits bietet es den großen Vorteil der schnellen Kontaktaufnahme und Informationsweitergabe an die Eltern.

Frau Martha Kauffmann, die Leitung der Einrichtung, spricht in regelmäßigen Treffen mit der Schulleitung, Frau Busse, über aktuelle Entwicklungen, Themen und Programmänderungen. Die Mitarbeiter von AspE e.V. zeigen bei Festen und Veranstaltungen der Schule Gesicht und informieren die Eltern über die interessanten Angebote oder unterstützen die Aktionen mit Manpower. Andersherum ist die Schulleitung ebenfalls bei den Veranstaltungen des Eltern-Kind-Zentrums präsent und kommt mit den Besucher*innen ins Gespräch.

Frau Kauffmann stellt die Arbeit des Teams in den Mitarbeiterversammlungen der Schule vor, um alle Lehrer und Erzieher zu informieren. In den Elternversammlungen, vor allem zu Beginn des Schuljahres begleitet sie zudem, mit ihren Kollegen, die Schulleitung und informiert die Eltern jeder Klasse, kurz und persönlich über die Möglichkeiten der Einrichtung. Aktuelle Bedarfe, Konflikte oder Probleme werden sowohl mit den Lehrern und Erziehern direkt besprochen als auch über die Mitarbeiter der Schulsozialarbeit, ebenfalls von AspE e.V., bearbeitet.

FINANZIERUNG

Das Inklusive Eltern-Kind-Zentrum finanziert sich noch bis 2019 größtenteils über die Förderung der AktionMensch. Darüber hinaus erhalten sie Mittel über die Bundesstiftung Frühe Hilfen, dem Programm Soziale Stadt sowie der RUCK-Stiftung.

Text: Martha Kauffmann, AspE e.V./Der IBS

Fehlende ausgebildete Lehrkräfte – eine große Herausforderungen an Berliner Schulleiter*innen

Seit fast vier Jahren bin ich Rektorin einer Grundschule, die in einem Gebiet mit schwierigen sozialen Bedingungen liegt. Ich übernahm die Schule von einem Kollegen, der über 30 Jahre mit einem stabilen Kollegium gearbeitet hat.

Nahezu zeitgleich mit dem Schulleiter gingen eine Reihe von Kolleg*innen, die aktiv und motivierend am Konzept des gebundenen Ganztages, am Sprachbildungskonzept, an der Entwicklung von Teamstrukturen mitgearbeitet haben, in den Ruhestand. Auch das Einzugsgebiet der Schule hat sich in den letzten drei Jahrzehnten zu einem Wohngebiet mit einem großen Anteil von

Bewohnern mit Migrationshintergrund entwickelt. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Schülerschaft.

An der Schule gibt es eine Schulstation mit drei Sozialpädagog*innen und eine Schulpsychologin. Finanziert wird die Psychologin über das Bonusprogramm, die Schulstation über eine Kooperation mit dem Evangelischen Johannesstift.

Ich übernahm die Schule mit rund 420 Kindern, die zum größten Teil in Familien leben, die von staatlichen Transferleistungen abhängig sind und einem hohen Anteil von Schüler*innen mit

Migrationshintergrund. Auch die Anzahl der Kinder mit einem festgestellten sonderpädagogischem Förderbedarf war hoch.

Auch vor vier Jahren waren nicht alle Lehrerstellen besetzt. Es konnte jedoch der gesamte Regelunterricht abgedeckt werden. Kürzungen mussten bei den Förderstunden vorgenommen werden. Die Kinder wurden zu Fördergruppen zusammengefasst.

Anfang des Schuljahres 2018/19 sieht die Situation so aus:

- 580 Schüler*innen
- über 80% Schüler*innen mit Migrationshintergrund
- über 80% Schüler*innen aus Familien mit staatlichen Transferleistungen
- 53 Lehrer*innen
- 34 Erzieher*innen
- im Moment 4 unbesetzte Lehrerstellen!

Das sind die nackten Zahlen. Schaut man genauer hin, sieht man deutlich die Verschärfung der Bedingungen unter denen mein Kollegium arbeitet.

Ich wähle den Personalbereich der Lehrer*innen zur genaueren Beschreibung der Herausforderungen. Das Kollegium setzt sich im Moment wie folgt zusammen:

- 36 ausgebildete Lehrer*innen, inklusive 4 bereits pensionierter Lehrer*innen, die 4 bis 8 Stunden arbeiten
- eine Lehrerin mit 1. Staatsexamen
- eine Willkommensklassen-Lehrkraft
- Dazukommen 13 Quereinsteiger*innen mit den unterschiedlichsten Voraussetzungen, die sich in den verschiedensten Ausbildungsstadien befinden:
 - Neun studieren berufsbegleitend Deutsch oder Mathematik.
 - Zwei absolvieren den berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst.
- Zwei Kollegen sind Lehrer ohne volle Lehrbefähigung.

Aus dieser Zusammensetzung ergibt sich bereits ein enormer organisatorischer Aufwand, bevor überhaupt die Schüler*innen ins Spiel kommen.

Für alle Quereinsteiger*innen ist ein Mentor bzw. eine Mentorin ernannt. Verantwortlich fühlen muss sich jedoch jeder Kollege und jede Kollegin.

Ich habe da ein sehr engagiert arbeitendes Kollegium. Seit 3 Schuljahren bieten wir für die Quereinsteiger*innen und alle anderen neuen Kolleg*innen eine schulinterne wöchentliche Fortbildung an. Inhalte sind: das Berliner Schulsystem, die Grundschulordnung, Aufsichtsführung, Zensierung u.v.m.. Diese Fortbildung wird von dem pensionierten Schulleiter durchgeführt.

Die zwei Lehrer*innen ohne volle Lehrbefähigung (LovL) benötigen besondere Betreuung, da sie derzeit keinerlei Ausbildung erhalten. Ein erfahrener Kollege hat die Aufgabe des Coachings übernommen. Dazu zählen z.B. Unterrichtsbesuche mit Auswertungen und alle schulorganisatorischen Fragen.

Die Betreuung und Ausbildung der Quereinsteiger*innen und LovLs stellt uns schon vor Herausforderungen. Aber auch der Einsatz- und Stundenplan dieser Kolleg*innen muss über mehrere Jahre vorausschauend geplant werden. Ich als Schulleiterin habe mir eine Tabelle erstellt, in der ich genau vermerke in welchem Jahr welcher Quereinsteiger welches Fach berufsbegleitend studiert, um sicher zu stellen, dass jeder Quereinsteiger so eingesetzt wird, wie es für ein erfolgreiches Absolvieren der Ausbildung notwendig ist. Es muss beachtet werden, dass sie in Deutsch, Mathematik und in ihrem Wahlfach und sowohl in Klassenstufe 1 bis 3 als auch in den Stufen 4 bis 6 eingesetzt werden. Dann müssen natürlich auch noch die Studienzeiten für den Bau des Stundenplanes beachtet werden. Dazu kommt, dass nur ein geringer Teil der Quereinsteiger*innen mit voller Stundenzahl arbeitet.

Weiterhin ist es unser Anliegen für jede Klasse sicherzustellen, dass ausgebildete und berufsbegleitend studierende Kolleg*innen in einem ausgewogenen Verhältnis eingesetzt werden.

Diese Bedingungen, der rhythmisierte Schultag der Schüler*innen und all die sonst noch zu beachtenden Dinge, z.B. Schwimmunterricht usw., zu berücksichtigen, ist eine extreme Herausforderung.

Vieles bleibt auf der Strecke, was für mich in meiner Arbeit als Schulleiterin einen hohen Stellenwert hat:

Ich möchte mit meinem Kollegium eine transparente Einsatzplanung nach pädagogischen Gesichtspunkten vornehmen. Ich muss aber die Planungen häufig nach ganz anderen, den oben beschriebenen Kriterien, richten.

Ich möchte die Unterrichtsentwicklung vorantreiben, auch um die große Anzahl von Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf gut integrieren zu können.

Ich möchte Fortbildungen und Studientage, die uns neue Impulse geben, muss aber welche mit vorwiegend auffrischenden Inhalten organisieren.

Ich möchte stabile Teamstrukturen, muss aber immer wieder, das Weggehen von Studienräten an die Oberschulen und das Einbinden neuer, überwiegend unausgebildeter Kolleg*innen bewältigen.

Ich möchte, dass die Kolleg*innen gern an der Schule arbeiten, sich wohlfühlen.

Ich möchte noch vieles mehr, was meiner Ansicht nach zu einer guten Schule gehört.

Es kommt mir jedoch zunehmend so vor, als müsste ich täglich die Quadratur des Kreises vornehmen. Nur das ist bekanntermaßen unmöglich!

Französisches Parlament berät über Handyverbot an Frankreichs Schulen

Sommerträume: Wie läuft es mit dem Handy an Berlins Schulen?

In den Ferien habe ich unter herrlicher italienischer Sonne mit Interesse die Informationen zum Beschluss des Französischen Parlamentes verfolgt, die Handynutzung für Kinder von 3 bis 15 auf dem Schulgelände und auf Ausflügen zu verbieten. Ich habe sofort an meine Schule und an die Auswirkungen eines solchen Gesetzes auf meinen Alltag gedacht. Mein erster Gedanke war, dass so ein Gesetz auch meine tägliche Arbeit erleichtern könnte.

Meine Schule hat zurzeit 580 Schüler*innen. Mehr als 80% von ihnen haben einen Migrationshintergrund. Sie kommen aus mehr als 40 Nationen. Mehr als 80% der Familien erhalten staatliche Transferleistungen. Beinahe täglich gibt es An- oder Abmeldungen, verursacht durch das häufige Umziehen der Eltern.

Schon der Umgang mit diesen von uns nicht beeinflussbaren Tatsachen ist eine tägliche Herausforderung.

Das Problem der Handynutzung auf dem Schulgelände durch Schüler*innen und auch Eltern ist da nur eines von vielen aber eben ein vermeidbares.

Ich will hier gar nicht darauf eingehen, dass für die Schüler*innen und deren Eltern das „richtige“ Handy auch ein Statussymbol ist, dass Eltern ihren Kindern häufig nicht die nötigen Kompetenzen zum Umgang vermitteln oder selber gar nicht darüber verfügen und den Kindern Zugang zu Foren ermöglichen, die nicht für das Alter zugelassen sind. Das ist alles hinlänglich bekannt.

An meiner Schule gibt es ein generelles Handyverbot für Schüler*innen. Das ist in der Schul- und Hausordnung verankert. Das gesamte Kollegium steht dahinter. Die Schüler*innen und die Eltern beantragen immer wieder eine Aufhebung des Verbotes, sodass wir gezwungen sind, uns permanent mit dem Thema zu beschäftigen. Das ist zeitaufwendig und führt zu Konflikten. Wir nehmen keine täglichen Taschenkontrollen vor. Wenn ein Schüler oder eine Schülerin mit einem Handy erwischt wird, müssen sie es abgeben. Die Eltern können es dann am nächsten Tag im Sekretariat abholen. Schüler*innen, die in diese Situation geraten, reagieren in aller Regel entsetzt. Es gibt Tränen, Geschrei, Wutausbrüche. Die Schüler*innen können sich nicht vorstellen, den Nachmittag und die Nacht ohne ihr Handy zu überstehen. Die Schulstation mit ihren gut ausgebildeten Sozialpädagog*innen muss häufig eingeschaltet werden.

Ich erlebe beinahe täglich verzweifelte Schüler*innen, die über Facebook oder WhatsApp beleidigt, gedemütigt oder über längere Zeit gemobbt werden. Alle Schulleiter*innen, die schon einmal ein Kind in so einer Situation trösten und wiederaufbauen mussten, wissen wieviel Anstrengungen das kostet.

Weiterhin wenden sich regelmäßig Eltern wütend, anklagend und fordernd mit dem Auftrag an mich, dafür zu sorgen, dass ihr Kind nicht mitten in der Nacht durch Anrufe über das Handy geweckt werde. Es seien ja schließlich meine Schüler, die anrufen. Auf die Empfehlung das Handy doch abends in Obhut zu nehmen oder ganz auszuschalten, reagieren sie verblüfft.

Wir haben zunehmend Eltern, die glauben ihren Sprösslingen die Bewältigung des 2 bis 15- minütigen Schulweges nur dann zutrauen zu können, wenn sie ständig über das Handy zu erreichen sind.

Einige der Kolleg*innen erlauben den Kindern zu Ausflügen, also außerhalb des Schulgeländes, Handys mitzubringen. Sie können dann beobachten, wie die Schüler*innen in den öffentlichen Verkehrsmitteln über ihre Geräte gebeugt sitzen und nur wenig

miteinander kommunizieren oder einfach mal aus dem Fenster schauen. Für mich ist das ein trauriger Anblick.

Zusätzlich bietet meine Schule seit ca. einem Jahr einen sogenannten Hotspot für das umliegende Wohngebiet. Der Hotspot wurde vom Land Berlin installiert. Genutzt wird er vorwiegend von jungen Männern, die täglich auf der Mauer vor dem Eingangsbereich der Schule mit ihren Handys sitzen, um kostenlos das Internet zu nutzen. Natürlich wird das kostenlose Angebot auch von unseren Eltern in Anspruch genommen. Viele holen ihre Kinder von der Schule ab und sitzen schon lange vor dem Ende des Schultages vor dem Schulgebäude, mit ihrem Mobilfunkgerät beschäftigt. Kommen die Kinder dann aus dem Schulhaus wird knapp begrüßt und sie gehen dann in lockerer Familienformation mehr oder eher weniger gemeinsam. Natürlich haben alle fest den Blick auf das Handy gerichtet. Ich kann nur hoffen, dass im Verlaufe des Nachmittags oder am Abend über den Schultag gesprochen wird.

Ein Handyverbot für Kinder auf dem Schulgelände löst all diese Probleme nicht. Das ist mir völlig klar. Ein Gesetz könnte aber Schulleitungen entlasten. Wir wären nicht täglich in der nervigen, kraftzehrenden Rechtfertigungsposition. Das Handyverbot auf dem Schulgelände wäre ja Gesetz. Ich weiß natürlich auch, dass so eine Gesetzgebung in Deutschland gar nicht möglich ist. Es träumt sich aber so schön unter italienischer Sonne!